

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 M. monatl. 1,50 M.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfusions-Gebühr
betragt für die lechsgelagerten Anzeigen
jeweils oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Berichts-

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 17. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Gedanken über eine Friedenskonferenz.

Aus Holland schreibt man uns:
Der angesehene Völkerrechtsprofessor van Houten
schreibt im letzten seiner periodisch erscheinenden
Politischen Briefe über die Möglichkeit, eine Grundlage für den Frieden
zu finden.

Es scheint mir, daß in den von den Kriegführenden
Regierungen in den letzten Monaten abgegebenen Erklärungen
ein Punkt sehr in den Vordergrund tritt, der eine ungeheure
Verbindung zwischen dem durch die Umstände eingestellten
Auftrag zur Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz und
einem möglichen Auftreten unserer Regierung in derselben
Richtung herstellt.

So richtig ich dieses leitende Prinzip aller Regierungen
finde, so unrichtig wäre der Gedanke, die Bürgerschaften
für die Zukunft nur in den militärischen
Ergebnissen des Krieges zu suchen.

Jeder Staat, auch der stärkste, wird einen Teil der
gewünschten Bürgerschaften für die Zukunft in einem neuen
Völkerrecht finden müssen.

Wenn ich mir die Möglichkeit einer allgemeinen Konferenz
auf den Fuß der gehaltenen Friedenskonferenzen denke und
ihre Einberufung bei Regierung und Volk zur Debatte stelle,
habe ich als Verhandlungsgegenstand nichts anderes im Auge
als den Entwurf der allgemeinen völkerrechtlichen
Bestimmungen, die in dem nach dem Kriege
eintretenden Zustand durch die dann beitretenden Staaten
freiwillig oder unfreiwillig angenommen und geachtet
werden sollen.

Auf der Konferenz finden die Kriegführenden Staaten auch
eine natürliche Gelegenheit — nicht als Kriegführende, sondern
als am Völkerrecht der Zukunft Interessierte — ihre Absichten
und Auffassungen zu entwickeln und zur Geltung zu bringen,
was sicher zur Bekämpfung gegenseitiger Mißverständnisse
beitragen kann.

Ich nehme an, daß alle Regierungen und Völker — ob
in den Krieg verwickelt oder nicht — nach dem Ende des
Kriegens und Vernichtens und der endlosen Behinderung des
friedlichen Völkerverkehrs Sehnsucht haben.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 16. April
1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Weiterseits des Kanals von La Bassée steigerte sich
die Tätigkeit der Artillerien im Zusammenhang mit lebhaften
Minenkämpfen. In der Gegend von Vermelles wurde die
englische Stellung in etwa 60 Meter Ausdehnung durch unsere
Sprengungen verschüttet.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.
Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung
ereignet.

Oberste Heeresleitung.
Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, den 16. April 1916. (B. L. B.) Amlich wird
verlautbart:
Russischer Kriegsschauplatz.
Aufser dem alltäglichen Gefechtskampfe keine besonderen
Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.
An der tiroler Front fanden im allgemeinen
nur mäßige Gefechtskämpfe statt. Im Abschnitt der Hochfläche
von Dobers war die Gefechtsintensität etwas lebhafter. Westlich
von Sels sind wieder kleinere Kämpfe im Gange.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
K. Oeser, Feldmarschallleutnant.

günstigeren Umständen vorzubereiten. Diese Bedingung kann
indes niemals durch die Macht der Waffen allein völlig
erreicht werden — weder durch die Fortsetzung des Kampfes
mit wechselndem Kriegsglück noch durch die Untertwerfung
einer der Parteien. Kann doch auch die siegende Partei aus
eigener Kraft neuen Rechtsbestimmungen die allgemeine
Anerkennung und Befolgung nicht verschaffen, die nötig ist, um
ihnen die hohe völkerrechtliche Qualifikation zu geben und sie
über den Rang von speziellen Vertragsbestimmungen emporzuheben.

Nützig ist die ins Auge gefaßte Konferenz für das Feststellen
neuer völkerrechtlicher Regeln also in jedem Fall. Die
einzigen Fragen, die diese Veröffentlichung zur Debatte bringen
müßte, sind:

1. Ob ihre Tätigkeit nicht schon während des
Krieges, jedoch ohne irgend eine direkte Verbindung
mit dem Krieg mit günstiger Aussicht begonnen werden
kann.

2. Ob die Niederländische Regierung, im Hinblick
auch auf ihren früheren Auftrag in bezug auf die Vorbereitung
der dritten Friedenskonferenz, die Aufgabe der Einberufung
auf sich nehmen könnte.

Natürlich kann sie das nicht ohne allgemeine Unterstützung
in Holland und ebenfowenig ohne genügende Ermütigung
seitens des Auslandes.

Die Anregung des holländischen Gelehrten scheint uns
sehr beachtenswert. Sie umgeht geschickt die Schwierigkeiten,
die verschiedene, von den Kriegführenden Regierungen
angenommene Formeln, einer — wie man so schön sagt —
„vorzeitigen“ Waffenruhe in den Weg legen und trägt auch
nicht den Stempel des Dilettantismus wie manche andere
gutgemeinte Vermittlungsunternehmungen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. April. (B. L. B.) Amlicher Bericht vom
Sonabend nachmittag. Nördlich der Meuse wurde eine
feindliche Erkundungsabteilung, die unseren Gräben in der Gegend
von Porvillers sich zu nähern versuchte, durch unser Gewehrfeuer
zerstreut. In der ganzen Gegend von Verdun fand während der
Nacht keine Infanterieunternehmung statt. Westlich der Meuse
ziemlich lebhafter Beschickung unserer Stellungen zwischen dem
Walde von Malancourt und der Höhe 304. Unsere Batterien
waren sehr tätig auf diesem Teile der Front, namentlich westlich
des Rabenwaldes und gegen einige Uebergangsstellen des Forgesbaches.
Westlich der Meuse und in der Woivre zeitweilige Beschickung.
In den Vogesen fanden einige Zusammenstöße zwischen

Patrouillen statt. Südlich der Schlucht bei Raritz wurde eine
deutsche Erkundungsabteilung infolge unseres Feuers stark mitgenommen.

Paris, 16. April. (B. L. B.) Amlicher Bericht vom
Sonabend abend. In den Argonnen beschossen wir die
Straßen in der Gegend von Ronfaucon, auf denen Truppenbewegungen
gemeldet waren. Westlich der Meuse hat der Feind im
Laufe des Nachmittags bestig unsere Stellungen im Cauretteswalde
und in der Gegend von Eines beschossen. Westlich der
Meuse waren die beiden Artillerien im Abschnitt von Douaumont
und südwestlich des Waldes von Haubremont tätig. In der
Woivre war der Tag verhältnismäßig ruhig. Von der übrigen
Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht: Schwache Tätigkeit der Artillerie
an verschiedenen Stellen der belgischen Front.

Orientarmee: Zwischen dem 1. und 15. April hat sich
nichts Besonderes an der griechischen Grenze ereignet, jedoch
war die Tätigkeit der beiden Artillerien und der Patrouillen ziemlich
groß. Daraus entwickelten sich einige kleine Schermitzgefechte,
so besonders bei Patares, Sedgheli, Kefelli und südwestlich von Doiran,
wo eine starke deutsche Aufklärungsgruppe zurückgeschlagen wurde.
Am 5., 6. und 7. April warfen feindliche Flugzeuge einige Bomben
auf die Dörfer Karafuli und Sarigol, ohne irgend einen Schaden
anzurichten. In der Nacht vom 12. zum 13. besetzte eines unserer
Flugzeuggeschwader deutsche militärische Anlagen in Gougheli
mit Bomben. Im Laufe des 13. warf ein Flugzeuggeschwader von
23 Apparaten Geschosse auf die feindlichen Lager und Batterien
von Rodgorika.

Die englische Meldung.

London, 15. April. (B. L. B.) Heeresbericht. Der
Feind unternahm gestern nacht mehrere kleine Angriffe mit
Handgranaten auf unsere Trichter bei St. Eloi, wurde aber zurückgeschlagen.
Er ließ heute fünf Minen in der Nachbarschaft von
Quarries und gegenüber Dullux springen. Der angegriffene
Schaden ist ganz unbedeutend. Bei Cabaret Rouge, Rametz und
Porcourt fand beiderseitige Minentätigkeit statt. Die Artillerie
war bei Thieval, Ronch, am Walde von Souchez, bei Douvigny,
Brischoete und St. Eloi tätig. Wir beschossen wirksam Vaput
und die Gräben nördlich des Douveflusses.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 16. April. (B. L. B.) Amlicher russischer
Bericht vom 15. April.

Westfront: In der Gegend von Dinaburg griffen unsere
Schützen in der Nacht zum 14. April im Abschnitt von Gorbunowla
an. Südlich Garbunowla zerhackten unsere Schützen vier
Linien Drahtgitter und besetzten zwei Hügel südwestlich des
Dorfes. Der Feind richtete ein konzentrisches Artillerie- und
Gewehrfeuer auf die Hügel und machte alsdann mehrere Gegenangriffe,
wurde aber jedesmal zurückgewiesen. Das Schlachtfeld
zwischen den beiden besetzten Hügeln und den angrenzenden feindlichen
Gräben war mit deutschen Leichen besät. An der Enge
zwischen Radziol und Karozsee und in der Gegend von Smorgon
Artilleriekämpfe. Nach Artillerievorbereitung griffen feindliche
Gruppen in der Gegend nordöstlich Smorgon an, wurden aber
durch unser Feuer abgewiesen. In der Gegend südlich des
Bahnhofes von Olyla gingen unsere Truppen vor und verschlangen
sich trotz des feindlichen Feuerregens. In der Nacht zum 15. April
nähereten sich im Laufe des Kampfes die Oesterreicher östlich
Tembuchow (6 Kilometer südöstlich Buzjac) außer mit aufgestellten
Gewehren mit Dolchen bewaffnet unseren Gräben, warfen die
Gewehre fort, hoben die Arme hoch und riefen, daß sie sich
ergeben; nahe herangelommen, gebrauchten sie die Dolche. Am
14. April warfen vierzehn unserer Flugzeuge fünfzig Bomben
auf den Bahnhof Buzja (zwei Kilometer nordöstlich Egernowitz)
und den nördlichen Teil von Egernowitz. Alle Flieger kehrten
unverfehrt zurück. Nach ergänzenden Nachrichten machten wir
bei der sogenannten „Grab-des-Pomo-Höhe“ (Stützpunkt) 5 Offiziere,
238 unverwundete und 80 verwundete Soldaten zu
Gefangenen.

Kaukasusfront: Unsere Truppen besetzten im Laufe
mehrtägiger Kämpfe eine eben in Armenien aus der Richtung
von Konstantinopel eingetroffene türkische Division und verfolgten
sie energisch auf ihrem Rückzuge. 13 Offiziere und 350
Kasaks nahmen wir gefangen und erbeuteten Maschinengewehre.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 15. April. (B. L. B.) Amlicher Bericht. Auf
den im Adamellogebiete dem Feinde zwischen den Stellungen
bedingten sich unsere Truppen eines zweiten Maschinengewehrs;
ein drittes wurde durch unser Artilleriefeuer zerstört. Die
Artilleriekämpfe dauerten auf dem Teile der Front zwischen den
Judifarian und dem Erganatal an. Feindliche Granaten verursachten
Brände in der Ortschaft Brezzo (Chiesetal). Im Erganatal
erstürmten unsere Truppen am 12. in einem glänzenden
Gegenangriff die Stellungen von St. Oswald (westlich des
Largangabaches) und nahmen dabei dem Feinde 74 Gefangene,
darunter 3 Offiziere, ab. Am 13. besetzten unsere Truppen
darüber die eroberten Stellungen trotz des heftigen Feuers der
feindlichen Artillerie. Am Nonzo und auf dem Karst verminderte
sich die Artillerietätigkeit. In der Nacht zum 14. wurde ein kleiner
feindlicher Angriff auf dem Favoretz schnell zurückgeschlagen. Das

Feuer einer unserer Batterien gehörte ein feindliches Geschütz zwischen den Gipfeln des Monte San Michele. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 15. April. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Front und an der Kaukasusfront keine wesentliche Veränderung der Kriegslage. In der Nacht vom 14. zum 15. April überflogen zwei feindliche Flugzeuge, die vor den Dardanellen aufgestiegen waren, in großer Höhe Konstantinopel und warfen einige Bomben auf zwei Verteilungsstellen der Bananenteile, ohne irgendeine Wirkung zu erzielen. Infolge des Feuers unserer Abwehrgeschütze verloren die feindlichen Flieger ihr Ziel aus den Augen und kehrten nach der Richtung zurück, aus der sie gekommen waren.

Konstantinopel, 16. April. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden. Ein feindliches Torpedoboot, das sich Sedd ul Bahr zu nähern versuchte, und einige feindliche Kriegsschiffe, die zusammen mit zwei Flugzeugen in der Umgebung der Insel Keisten, in den Gewässern von Smyrna erschienen, wurden durch unser Feuer vertrieben.

Die Kämpfe in Aegypten.

London, 16. April. (W. Z. B.) Nach einer amtlichen Meldung hat der Oberbefehlshaber in Aegypten von einem am 13. April unternommen erfolgreichen Vorstoß nach Jisrassia Bericht erstattet, der von australischen Truppen unternommen worden ist. Die Truppen seien in der Nacht aufgebrochen und hätten an dem genannten Tage um 7 Uhr früh das feindliche Lager angegriffen und es nach einem lebhaften Gefecht besetzt. Der Feind habe mindestens 8 Tote und 6 Verwundete gelassen, ein österreichischer Leutnant und 34 Türken seien gefangen genommen. Die feindlichen Reiter seien entkommen, die englischen Truppen hätten die Oase Katia besetzt.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 16. April. (W. Z. B.) Von Doulogne melden aus Boulogne von gestern, daß der norwegische Dampfer „Bunantaff“ aus Christianund auf der Fahrt von Newcastle nach Boulogne versenkt worden ist. Die Mannschaft wurde gerettet; eine Person ist verletzt worden. Der britische Dampfer „Fairport“, 3888 Tonnas, ist wie gemeldet wird, ebenfalls versenkt worden.

Eine holländische Note über Beschlagnahme der Ueberseepost.

Sing, 15. April. (W. Z. B.) Im Anschluß an das Memorandum der britischen und der französischen Regierung über die Beschlagnahme der Ueberseepost hat die holländische Regierung am 14. April an die genannten Regierungen angefragt, die gleichlautende Note, in denen erklärt wird, daß die holländische Regierung niemals für die Beschlagnahme der Ueberseepost beansprucht, die die Konvention von 1907 betreffend den Seehandel mit der Post verhandelt werden könnte, habe bereits 1907 bestanden. Trotzdem habe die Vereinigte Konferenz deren Unverbindlichkeit anerkannt. Die Note protestiert weiter gegen die Beschlagnahme von eingeschriebenen und Versendungen, die von holländischen Eigentümern nach Nord- und Südamerika, Spanien, Portugal und Japan versandt wurden. Die holländische Regierung erwartet die Rückgabe dieser Poststücke und behält sich das Recht vor, Schadloshaltung für die Verluste zu beanspruchen, die den Eigentümern dieser Sendungen infolge der angelegten Maßnahmen der britischen Behörden entstanden sind.

Das deutsch-rumänische Abkommen.

Bukarest, 16. April. (W. Z. B.) „Bucurul“ veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens zwischen Deutschland und Rumänien über den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern: Mit dem Zweck, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden, die sich in letzter Zeit als die Folge des europäischen Krieges in den wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Rumaniens eingestellt haben, wurde zwischen den beiden Ländern ein Abkommen getroffen, wonach beide Länder in den Grenzen der Möglichkeit gegenseitig die Ausfuhr jener Waren erlauben werden, die sie ent-

behren können; Kompensationen werden abgeschafft. Für die Durchführung des Abkommens wird folgendes bestimmt: Die rumänische Zentralkommission ersucht in Berlin ein Bureau, das mit der Zentralfinanzgesellschaft arbeitet. Die Z. F. G. errichtet in Bukarest ein besonderes Bureau unter dem Namen Deutsche Ausfuhr Z. F. G., das mit der rumänischen Zentralkommission in Verbindung steht. Der Interessent in Rumänien, welcher Waren aus Deutschland beziehen will, wendet sich vorerst bei der Zentralkommission oder dem rumänischen Bureau in Berlin erkundigend, ob diese Waren für die Ausfuhr frei sind; darauf kann er unmittelbar bei den deutschen Lieferanten bestellen. Die Verkäufer verlangen sodann von der Z. F. G. die Bewilligung zur Beförderung. Das rumänische Bureau in Berlin gibt die Bewilligung zur Einfuhr nach Rumänien. Rumänische Industrielle und Kaufleute, die Waren ausführen wollen, erhalten die Ausfuhrbewilligung von der rumänischen Zentralkommission für die Einfuhr. An diese können sich auch die deutschen Importeure durch Vermittlung der Z. F. G. in Bukarest wenden. Die Transportbewilligung wird von dem Bureau der Z. F. G. in Bukarest erteilt. Die Zentralkommission und die Z. F. G. senden sich zeitweise die Listen der Waren, die für die Ausfuhr verfügbar sind, zu. Um die Beförderung zu beschleunigen, wird ab 1. Mai im Güterverkehr mit den österreichisch-ungarischen Eisenbahnen ein besonderer Eisenbahndienst zwischen Deutschland und Rumänien eingerichtet werden. Die Abfertigung und Verteilung der Waren und die Beförderung der Postmaterialien liegt der Zentralkommission und der Z. F. G. ob. Kriegsmaterial bildet im Sinne dieses Abkommens keinen Handelsgegenstand. Es fand eine Beratung statt, in der beschlossen wurde, daß täglich 85 bis 40 Wagen mit deutschen Waren über Predeal eintreffen und mit rumänischen Waren gefüllt, jedoch nicht mit Getreide, wieder abgehen werden. Für Rumänien bestimmte deutsche Waren werden in Klausen, Birna und Regensburg gesammelt. Für die „Carmen“ genannten Warenzüge aus Deutschland wird ein direkter Tarif eingerichtet.

Von der vlämischen Presse.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Das in Gent herausgegebene Tagblatt „Vlaamische Post“ hat sein Erscheinen eingestellt. Wie die schon früher eingekaufene „Vlaamische Stem“ des Dichters René de Gierg vertrat es eine nationale Politik, die davon abwich, wofern der Kampf für die vlämischen Stammrechte nur in einem wiederhergestellten belgischen Staatswesen weiterzuführen. Das Gentler Blatt hatte hierbei eine Note, die noch erheblich radikaler schied, als die des genannten, in Amsterdam abgeforderten Blattes. Das ist sich, trotzdem es ihm an Förderern nicht fehlte, nicht lebensfähig erwiesen hat, scheint nicht dafür zu sprechen, daß seine Tendenz viel Freunde gewonnen hat, wenigstens im Land selbst. Das Interesse für die nationalen Interessen der Vlanten, das, wie der Reichsanführer bezeugt hat, im deutschen Volkswusstsein jetzt so reg ist, fordert selbstverständlich, daß man den verschiedenen Strömungen in Flandern Vornehmheit schenkt und sich von ihrer tatsächlichen Stärke Rechenschaft gibt.

Friedensströmung und Militarismus in England.

Die Friedenspropaganda der Unabhängigen Arbeiterpartei wird den britischen Behörden mißgönnt. Die Kriegsstimmung im englischen Volk hat beträchtlich nachgelassen, man sieht sich dort wie anderswo nach dem Frieden, und die Sorge vor einer Erweiterung der Dienstpflicht sowie das unpopuläre schärfe Vorgehen gegen belächelte und angelegene Arbeiterführer, die den Kampf gegen die arbeitserfindlichen Bestimmungen des Munitionsgesetzes nicht aufgeben wollen, tragen nicht dazu bei, die Stimmung zu heben und das Vertrauen in die Staatsleitung zu festigen. Vom Standpunkt der englischen Regierung ist es natürlich zu begreifen, daß sie sucht, der Opposition entgegenzuarbeiten; aber die Mittel, die sie anwendet, können allzu sehr nach den Methoden, die sie selbst, wie sie vorgibt, aufs tiefste verabscheut. Hausdurchsuchung, Beschlagnahme von Druckschriften, Deportationen und Waffen, deren sich eine demokratische Regierung nicht bedienen darf. Sie beschließen aber auch vollkommen ihren Zweck, denn sie hindern eine einschlässige Opposition nicht an der Fortführung des Kampfes und an der Agitation für einen schnellen Frieden, sondern sie tragen zur Erbitterung in die Reihen der kämpfenden und verschärfen auf diese Weise die ganze innerpolitische Lage.

Am 8. April hat in den Räumlichkeiten der „National Labour Press“ zu Manchester, dem Verlag und der Druckerei des „Labour Leader“ und der Schriftleitung der Vereinigung für demokratische Kontrolle eine Hausdurchsuchung stattgefunden, bei der verschiedene Flugblätter beschlagnahmt wurden. Aus Preßberichten geht hervor, daß die Behörden versuchten, die Schriften zu verbieten, ohne daß vorher

in Gerichtsverhandlung darüber entschieden wird. Dies Verfahren steht im Gegensatz zu früheren Vorgehensweisen, daß es die Einschränkung nicht nur der Arbeiterpartei, sondern auch die des weitest demokratischen Flügels der Liberalen hervorgerufen muß. Unter dem „Labour Leader“ gemeintem beschlagnahmten Flugblättern befinden sich übrigens nicht die neuesten kleinen, leicht fahrscheinlichen Friedensflugblätter, die während der jetzt begonnenen Friedenskampagne verbreitet werden sollen. Es sind vielmehr meist kritische Abhandlungen über die Politik Englands, die Entziehung des Krieges und die Behandlung der politischen Gefangenen in Russland. Gelingt es jedoch den Behörden, das Verbot dieser Schriften durchzusetzen, so werden sie nicht lange mit der Beschlagnahme der Friedensaufrufe zögern. Das würde die Friedenspropaganda natürlich erschweren, aber aufhalten läßt sie sich nicht mehr; der Eifer der Genossen in der Unabhängigen Arbeiterpartei wird sich im Gegenteil vervielfachen, weil sie wissen, daß sie für eine gute und gerechte Sache kämpfen.

Daß sie sich auch durch Gefängnisstrafen und Verhaftungen nicht abschrecken lassen, beweist die konsequente Fortsetzung des Kampfes gegen die Dienstpflicht. Die Militärtribunale haben im Gegensatz zu dem Besprechen der Regierung, daß Leute mit Gewissensbedenken nicht zum Militärdienst herangezogen werden sollten, einer großen Anzahl der sogenannten „conscientious objectors“ (Leute mit Gewissensbedenken) das Ausnahmegesetz verweigert. Diese Männer empfinden das Vorgehen der Militärtribunale als ungerecht, und einige weigerten sich, der Dienstpflicht nachzukommen. 21 von ihnen — der Labour Leader nennt ihre Namen — sind bis zum 6. April verhaftet, zu Geldstrafen verurteilt und der Militärbehörde übergeben worden. Ueber ihr Weiteres Schicksal ist nichts bekannt, da sie, wie es scheint, streng von den anderen abgefordert gehalten werden. Die Berufungstribunale arbeiten im gleichen Sinne wie die Militärtribunale. Sie behaupten trotz der gegenteiligen Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten, daß sie keine Macht hätten, die Männer mit Gewissensbedenken vollständig von der Dienstpflicht zu befreien. Wie brutal sie sich über ministerielle Verpflichtungen im Parlamente hinwegsetzen, beweist der Ausspruch des Vorsitzenden des Durham-Berufungstribunals Sir Frank Brown, der erklärte: „Wir sind nicht gebunden durch irgend welche Feststellungen, die von Mitgliedern des Parlaments oder von Jirikularen gemacht sind, die von dem lokalen Regierungsrat herausgegeben werden.“

Zweifellos wird über diese Gesetzesverletzungen, denn als solche sind sie zu bewerten, wenn auch nicht ausdrücklich klare Bestimmungen über die Behandlung der conscientious objectors in das Gesetz aufgenommen worden sind, noch ernst im Unterhaus gesprochen werden. Bei den Verhandlungen über das Dienstpflichtgesetz ist diesen Leuten eine Ausnahmebestimmung eingeräumt worden. Gätten nicht die Versicherungen der Regierung vorgelegen, so würde die Majorität für das Gesetz wahrscheinlich erheblich zusammengekrummt sein.

Es fragt sich nur, ob die Regierung vor den Militaristen kapitulieren wird oder ob sie bei ihrem einmal gegebenen Versprechen bleibt. Ihre ganze Lage ist augenblicklich keineswegs günstig. Sie steht in der Mitte zwischen den Kriegshebern, den von der Northcliffepresse mit Erfolg bearbeiteten Kreisen, und den sicher nicht unbedeutenden Strömungen, die angefaßt der ungeheuren Verluste an Menschenleben und wirtschaftlichen Werten nach einer Beendigung des Krieges durch Verhandlungen und der Wiederannahme des friedlichen Wettbewerbs unter den Völkern drängen.

Je stärker die englische Arbeiterpartei ihren Willen betont, die Politik des Landes in dieser Richtung zu beeinflussen, um so eher wird auch die englische Regierung in der Lage sein, sich der Bevormundung durch die Northcliffepresse zu entziehen. Aber wie sie sich auch entscheiden mag, unsere englischen Genossen in der Unabhängigen Arbeiterpartei werden sich nicht von dem Weg abwenden lassen, den sie so entschieden beschritten haben und der sicherer wie jeder andere zu dem Ziele führt, auf das jeder wirkliche Volkstribun hinstreben muß.

Huysmans und Vandervelde in London.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Ende März haben, wie schon die Derschedenbureau mitgeteilt haben, Vandervelde und Huysmans als Vertreter des Vollzugsausschusses des Internationalen Sozialistischen Bureaus mit den Vorständen der zur englischen Sektion der Internationale gehörigen Organisationen in London verhandelt. Die bisherigen Verhandlungen betrafen nur die Beziehungen mit der Arbeiterpartei. Nun liegen in den letzten Nummern des „Labour Leader“

Zur Einführung der Schulanfänger.

Man schreibt uns: Der erste Schultag bedeutet für das Kind einen Markstein in seinem Leben. In die umgebundene Freiheit des Spiels greift plötzlich der Ernst und der Zwang. Auch da, wo beide noch in milder Form von wirklichen Erziehern und nicht von hohen Lehrern (Bewusstseins von Unterrichtsstoff) herantreten. Sie bedeuten etwas Ungewöhnliches für das Kind. Das nimmermüde Plappermäulchen soll nur dann sprechen, wenn es gefragt wird. Der Bildung ohne Ruh und Raft soll eine Weile still liegen. Der Schmetterlingsflug der Gedanken soll einer auf einen bestimmten Gegenstand gerichteten Aufmerksamkeit Raum geben. Schwierige Dinge! Wenigstens wird sie der als solche begreifen, der ein Herz und Verständnis für die Sechsjährigen hat.

Selbst da, wo die neuen Lebensformen der Schule nicht unvermittelt gelend gemacht werden — was durchaus nicht immer der Fall ist, da man gerade diese jähwichtigen psychologischen Aufgaben meist jungen Lehrenden überträgt, die naturgemäß die wenigste pädagogische und psychologische Erfahrung besitzen — beobachtet der aufmerksame Kinderfreund seit dem Schuleintritt eine auffällige Veränderung an den Kleinen: Der rebe- und sangelustige Mund verkrummt; das fröhliche, fröhliche Kind wird schüchtern, wohl gar ängstlich; seine Antworten erhalten oft einen merkwürdigen, steifen Ton.

Zweifellos liegen hier ungünstige Veränderungen im kindlichen Seelenleben vor, an denen Eltern und Erzieher, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, nicht ohne Nachdenken vorbeigehen dürfen.

Die Ursache dieser auffälligen Veränderung ist von der pädagogischen Wissenschaft längst erkannt und in ihren publizistischen Arbeiten seit Jahrzehnten bloßgelegt worden. Sie liegt hauptsächlich darin, daß im Mittelpunkt des ersten Schulunterrichts nach wie vor die allhergebrachte Les- und Schreiblehre steht, die man schonhaft mit einigen geschmacklosen „Anschauungsbildern“, ein paar moralisierenden Erzählungen und biblischen Geschichten als Beiwerk verbrämt. Der Grund liegt in der Natur des ersten Unterrichts.

Er läßt das bereits gewachsene, natürlich gewachsene, Entwicklungsstadium des vorwiegend sinnlichen Kindes ganglich unberücksichtigt. Er knüpft an die dort gesponnenen Gedankenspänen nicht an und spinnst sie nicht weiter. Er pflegt nicht die insipiden Anknüpfungen der Bildung, sondern bringt fremde, fernstehende Stoffe an das Kind heran, die seiner Fassungskraft nicht entsprechen und gegen die es die einzige Waffe anwendet, die ihnen zur Verfügung steht, die Unaufmerksamkeit, wenn es nicht Schlummeres tut und ein nicht vorhandenes Interesse vorläßt, eine bedenklliche Wirkung vom ersten Schuljahr an. Die Tätigkeit des Lehrers wird aus einer

pfleglosen Gärtnerarbeit zur Arbeit eines auf Leistungen pochenden Treibers herabgewürdigt. Nicht der werdende Mensch steht im Mittelpunkt der Erziehung; er ist weder das Maß des Lehrplans, noch bestimmt die Hochachtung vor der allmählich sich aufbauenden Kinderpersönlichkeit seinen Inhalt. Auf ganz äußerliche Abdringung zu mechanischen Fertigkeiten sind die Lernziele eingestellt.

Daß das sechsjährige Kind bereits hohe geistige Leistungen vollbringt, wenn es spielt, das ist den meisten unserer Pädagogen in Amt und Würden noch nicht aufgegangen; deshalb verweigern sie diese Art geistiger Reife. Wir aber verlangen, daß mit dem diesen Spielen zugrunde liegenden produktiven Treib behutsam umgegangen werde. Es ist ein göttliches Geschenk, das dem Genius der Künstler verhandelt ist. Das Kind bezieht mit diesem Treib, seiner schöpferischen Phantasie, die Schule. Kein Gegenstand ist ihm zu fern, weder das Stiel Holz aus der Küche, noch der zerbrochene Klotz der Mutter oder die lange Peitsche des Vaters, als daß es ihn nicht mit persönlichen Beziehungen bedächte, ihn mit einer in seinem Erfahrungskreis liegenden Idee abelte. Die jetzige Schule löst diesen göttlichen Künstlertrieb und setzt an seine Stelle Beschränkungen der Schultube, des Schulhofes und allerlei anderer Gegenstände, die von Haus aus den Kindern herzlich gleichgültig sind. Das Kind will mit seinen Gegenständen verkehren. In ihm liegt ferner ein starker Trieb zur Nachahmung und Darstellung von Gesehenem und Erlebtem. Es ahmt das Brausen des Eisenbahnzugs, die Bewegung der Bienelelange an der Lokomotive nach. Leben und Bewegung verlangt es — und die Schule setzt an ihre Stelle trockene, lederne Erzählungen, die nach nicht einmal seine Neugier erregen, geschweige sein Interesse fesseln.

Dieser Trieb nach Bekanntschaft ist besonders charakteristisch. Das Kind bezieht die Gegenstände, probiert ihre Härte und Festigkeit, füllt die Temperatur, zerlegt und setzt sie wieder zusammen. Die Schule stellt es vor tote Bilder, die vor Langeweile gähnen, und bezieht eine durch die Mühe des Frage- und Antwortspiels hervorgerufene Unterhaltung als Anschauungsunterricht. Statt daß sie die erwünschte manuelle Tätigkeit einführt und durch Modellieren in Wachs, durch Stöckchenlegen und malendes Zeichnen den ursprünglichen Tätigkeitstrieb ihren Abfließen dienlich macht. Hier liegen übrigens auch eminent künstlerische Ansätze, die selbstredend nicht mit künstlerischen Leistungen verwechselt werden dürfen.

Alles das weiß man in der pädagogischen Theorie. Aber in der Praxis drückt man ruhig weiter, Jahr um Jahr, und bringt durch einen völlig mechanisierenden Sprech- und Sprachunterricht das erste Schuljahr vollends um jeden Geist. Ober heißt es etwa den Geist bilden, wenn nach einer modernen Bibel die Kinder lesen müssen:

„Der Dorn, der Durs, der Daumen, der Degen, der Donner; David Dietrich, Dienstag.“ Wo kommt solch ungerichtetes Zeug in der Welt noch einmal vor, als in der Bibel?

Leder: „Ich weiche, reiche räche, spiele, richte, fichte; wir ähzen, ledgen... südlig, üblig, weidlich; sandig, waldig, ledig.“

Der „innwolle“ Satz: „Die Lehrer lehren. Der John ist hoch. Die Fahnen wehen. Wir fachten mit dem Raft. Der Sohn ehrt den Vater. Die Varen wohnen in Höhlen. An der Walle ist ein Bes.“

An solchem „Kulturstoff“ kann kein Kind gebildet, d. h. innerlich bereichert werden. Es nimmt ginstigenfalls Reizindrücke auf und genötigt sich zeitweilen daran, sich möglichst wenig zu denken, wenn es lieg.

Daß ohne Schaden für die späteren Schuljahre und die künftige Entwicklung der Kinder, ja gerade in wohlverstandener Interesse derselben, andere Wege, die von uns erwünschten, möglich und gangbar sind, ist durch die Praxis erhärtet. Allerdings sind es nur wenige rühmliche Ausnahmen, die dem modifizierten Bildwort Rechnung tragen: Gebet dem Kinde, was des Kindes ist! Eine dieser Ausnahmen macht die Hebungslehre des pädagogischen Universitätsseminars in Reno. Seit 30 Jahren wird hier, und zwar mit besonderer Berücksichtigung der Schulanfänger, unter der Leitung Prof. Wilhelm Korns für eine grundsätzliche Schullehre gekämpft in Theorie und Praxis. Die Hebungslehre lehrt seit langen Jahren den Beweis dafür, daß auf der von uns geschilderten Grundlage sich ein völlig neuer Geist entwickelt, der insbesondere die Schulanfänger ohne die Schmerzen des bisherigen Verkehrs in die Schularbeit hineinwachsen läßt.

Aber es scheint, als ob dort völlig tauben Ohren gepredigt werde. Sogar in den nächstgelegenen Thüringer Staaten ist es beim alten geblieben. Da wird im ersten Schuljahr noch immer gelesen, gerächnet und geschrieben und wieder gelesen, gerächnet und geschrieben. Noch nicht einmal die Männer, die als Jünger Korns und Mitarbeiter am Seminar die Theorie desselben gestützt haben, und die sich jetzt allerorten in leitenden Schulämtern befinden, haben den Geist ihrer Bildungsanstalt hinübergereitet in ihre bürokratische Amtstube. Die Lehrer aber, die gegen den Strom schwimmen und das Recht des Kindes verteidigen, des Kindes, das sich nicht selbst verteidigen kann, bezagen ihre Anwaltstätigkeit mit Wahregelungen über Wahregelungen; außerdem sind ihrer aus begründeten Gründen nur wenige.

Das Recht des Kindes aber muß erzwingen werden. Und unserer Meinung nach vermag ihn bloß der Widerstand der Eltern zum Durchbruch zu verhelfen. Das muß zu jedem Schulanfang aufs neue gesagt werden, bis der Sturm der Eltern die oberen Instanzen aus ihrer Ruhe aufweckt, daß sie hinter ihren grünen Tisch und staubigen Aktenbündeln endlich erwachen.

Eltern, erlumpft Euren Kindern das ihnen zustehende Recht auf eine natürliche Entwicklung ihrer Kräfte!

und der „Justice“ auch Berichte über die Beratungen mit der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Britischen sozialistischen Partei vor.

Am 31. März verhandelten Vandervelde und Guymans mit der parlamentarischen Kommission der J. L. P. Die Abgeordneten Macdonald, Snowden und Richardson nahmen an der Sitzung teil. Guymans und Vandervelde berichteten über die Verhandlungen mit der französischen Partei. Bei dieser Gelegenheit wurde die Stellung der J. L. P. dargelegt, ihre Forderung der Einberufung des Internationalen Bureau und ihre Bereitwilligkeit, die sie auch der Kommission der Zimmerwalder Konferenz mitgeteilt hat, an jeder christlichen Veranstaltung zu internationalen Zusammenwirken für den Frieden teilzunehmen. Im Laufe der Verhandlungen wurde angeregt, daß sich das Bureau offiziell an alle kriegsführenden Regierungen wenden soll, um für die Vertreter des Vorstandes und der verschiedenen Parteien Wege zum Besuche der Konferenz, falls diese einberufen wird, zu erlangen.

Die Konferenz der Vorstandmitglieder mit der U. S. P. fand am 30. März statt. Die „Justice“ schreibt darüber: Die Parteileitung äußerte ihren Wunsch, daß alle Parteien die Mittel erörtern, dem Krieg durch einen für alle Völker annehmbaren Frieden ein Ende zu machen. In bezug auf die Verfassung des Bureau glaubte die Exekutive (Vandervelde und Guymans), daß sie keinen Nutzen stiften würde ohne die Teilnahme der französischen Sozialisten und der englischen Arbeiterpartei, die anscheinend die einzigen Sektionen sind, die sich jetzt noch gegen die Einberufung wehren. Die beim Friedensschluß wichtigsten Fragen — Maß-Lothringen, Polen, Finnland und das wirtschaftliche System nach dem Kriege — seien — so wurde hervorgehoben (von Vandervelde und Guymans) — für die europäischen Arbeiter überaus wichtig, und obwohl eine Konferenz des Bureau nicht unmittelbar zu verwirklichen wäre, sei es notwendig, diese Gegenstände in den nationalen Sektionen zu behandeln, um zu einem gemeinschaftlichen Programm zu kommen. — Die Parteileitung der U. S. P. erkannte die Notwendigkeit einer solchen Beratung an, drang aber nochmals auf die Verfassung des J. L. P., da seine Einheit der Ansehens und sein Einfluß zu erlangen sei, solange die Zentralorganisation der internationalen Arbeiterbewegung ihre Zusammenkunft verschiebe.

Wie man sieht, bedarf gleich der J. L. P. auch die U. S. P., also beide eigentlich sozialistischen Organisationen bei dem Gedanken der Wiederaufnahme der internationalen Aktion. Die Furcht vor dem „vorzeitigen“ Frieden und die Ablehnung der internationalen Konferenz vor der Erlangung gewisser Garantien für die „Niederwerfung des deutschen Militarismus“ ist außer den französischen Sozialisten — oder genauer ihrer Mehrheit — nur der englischen Arbeiterpartei eigen. (Wir sehen hier von der russischen Gruppe um Plechanow ab.) Daß der „Clarion“, das sozialistisch gefärbte Organ der Kriegsbeter, das seine getan hat, um den Gedanken der internationalen Aktion zu verdrängen und daß er sogar, nach dem Vorbild der großen Pariser Tagesblätter und der kleinen Klätter der belgischen Emigration Guymans als „deutschfeindlich“ hingestellt hat, ist weiter nicht verwunderlich. (z)

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 15. April. (W. Z. B.) Kammer. Bei der weiteren Erörterung des Haushalts für das auswärtige Amt legte der unabhängige Sozialist Labriola eine Tagesordnung vor, in der die Notwendigkeit betont wird, die parlamentarische Aufsicht über die auswärtige Politik sicherzustellen. In der Begründung weist er darauf hin, daß das Parlament von dem ganzen seit 1911 so bewegten äußeren Politik ferngehalten wurde. Er erhebt die Forderung, daß der Vertrag mit Österreich-Ungarn im Wortlaut veröffentlicht werde, wodurch jedem Zweifel an der Redlichkeit des italienischen Verhaltens die Grundlage entzogen werde. Der Abgeordnete De Nono legte eine Tagesordnung vor, in der gefordert wird, daß das Pariser Abkommen zwischen den Alliierten die höchsten Interessen Italiens fördere. Die Pariser Zusammenkunft habe alle gegenseitigen Erörterungen zum Schweigen gebracht und klar erkennen lassen, daß der Krieg Italiens der Krieg der Alliierten sei. Sie habe außerdem dem Eintritt Italiens in die neue politische Verbindung die feierliche Beize gegeben. Der Redner sagte weiter: Der Viererband hat keineswegs die Pflicht, die deutsche Nation zu erschrecken, wie man ihr einreden wollte, um dem Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit, dessen Anzeichen sich schon bemerkbar machen, zu begegnen. Der Redner betonte sodann die Notwendigkeit, daß die Alliierten die natürlichen Ziele der russischen Politik auf dem Balkan und Italiens auf dem Meere, soweit sie sich mit den Rechten und billigen Ansprüchen der Balkanstaaten vertrügen, der Bewirklichung zuführen. Man müsse nicht nur einen vorteilhaften, sondern einen dauerhaften Frieden sicherstellen. Abg. De Viti Demarco (radikal) sprach sein Vertrauen darauf aus, daß die nächste wirtschaftliche Beratung in Paris der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Mächten nach dem Kriege nicht vorzuziehen werde; denn Italien könne auf die natürlichen Bahnen seines Auswärtigen Handels mit dem Ausland nicht ohne vorteilhafte Gegenzustände verzichten. Der Redner wünschte, daß die jetzt wieder zur Lage tretenden englisch-italienischen und französisch-italienischen Freundschaftsverträge auch dazu benutzt werden, die Nähe zwischen den Verbündeten herabzusetzen. Abg. Para (radikal) drückte seine Freude aus über die vorteilhaften Bedingungen, die die jüngsten internationalen Zusammenkünfte auf die öffentliche Meinung in Frankreich und in England zu äußern begannen, indem sie unangelegliche Irrtümer zum Schaden Italiens richtigstellten. Dies würde dazu beitragen, die öffentliche Meinung dieser Länder zu überzeugen, wie nützlich es sei, daß Italien seine größten Anstrengungen gegen Österreich-Ungarn richtete, das viel schwächer sei als Deutschland.

Nach Herra sprach noch de Felice Guiffrida, der feststellte, daß, abgesehen zwischen Italien und Deutschland keine ausdrückliche Kriegserklärung bestünde, auch nicht der Schatten eines Zweifels über die völlige Übereinstimmung zwischen Italien und seinen Bundesgenossen bestünde. Parollo brachte eine Tagesordnung ein, in der er für die Kammer eine direktere und wirksamere Teilnahme an der auswärtigen Politik verlangte. Der Nationalist Prestari verlangte eine Propaganda, um in den verbündeten und neutralen Staaten in der öffentlichen Meinung eine genauere Kenntnis über die nationalen Ziele Italiens und die herrlichen Taten des italienischen Heeres und der Flotte zu gewinnen, um das gemeinsame Ziel zu verbreiten. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben.

Kanada und die Dienstpflicht.

Ottawa, 15. April. (W. Z. B.) Der Premierminister Sir Robert Borden antwortete einer Deputation aus fast allen Bezirken des Landes, die die Einführung irgendeiner Form von Dienstpflicht verlangte, es seien bereits über 300 000 Mann angeworben worden und es kämen tausend neue Rekruten täglich hinzu. Die Regierung beschäftige sich mit einem Plan, um zu verhindern, daß den Industriellen die Arbeitskräfte entzogen werden, und treffe gleichzeitig Vorkehrungen, um ein Maximum an Munition herzustellen.

Der mexikanische Konflikt.

London, 16. April. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hat sich entschlossen, Carranza ein Abkommen auf folgender Grundlage vorzuschlagen: Die amerikanischen Truppen werden nicht viel weiter in Mexiko eindringen und zurückgezogen werden, sobald es sich erweist, daß die Truppen Carranzas besser imstande sind, mit Villa

fertig zu werden als die amerikanischen Truppen. — Es scheint, daß die Verbindungslinien der Amerikaner bereits so lang gestreckt sind, daß die Zufuhr zur Front schwierig wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt Staatssekretär Lansing, den Zusammenstoß in Barral als besonderen Zwischenfall in einer anderen Note zu behandeln.

Politische Uebersicht.

Das „Correspondenzblatt“ für Militärdienst Dienstuntauglicher.

Man sollte es nicht für möglich halten, und dennoch ist dem so: Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands tritt gegen die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ und gegen die Mehrheit der alten Fraktion auf, weil diese für den Antrag der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ stimmten, der forderte, daß mehr als bisher die Entlassung dauernd kranker und dienstuntauglicher Mannschaften beschleunigt würde. Der Antrag wurde bekanntlich mit 142 gegen 110 Stimmen vom Reichstag angenommen. Für denselben stimmten unseres Wissens beide sozialdemokratischen Fraktionen geschlossen. Darüber ist das „Correspondenzblatt“ recht unvorsichtig. Es nimmt an, „einige Mitglieder der alten Fraktion“ hätten gegen diesen Antrag gestimmt. Der Antrag hätte auch eine Ablehnung verdient, denn er sei „durchaus verfehlt“, die Sozialdemokratie dürfe sich rühmen, mit ihrem ersten im Reichstag angenommenen Antrag, der ohne Kenntnis der so schwierigen Verhältnisse der Kriegsbeschädigtenfürsorge rein aus dem Handgelenk heraus fabriziert worden ist, die Interessen der Kriegsbeschädigten ernstlich gefähdet zu haben. So das „Correspondenzblatt“. Dieses Bekenntnis des Organs der Generalkommission verrät einen auch bei ihm überraschenden Mangel an Kenntnis und sozialer Einsicht. Der Antrag, über dessen Annahme das Blatt so ergrimmt ist, handelt nicht von Kriegsbeschädigten. Diese betraf folgender Antrag der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“: „Die Möglichkeit der Entlassung derjenigen Unteroffiziere und Mannschaften herbeizuführen, deren Schöne noch im Heredonienste stehen oder gefallen oder in einer die Erwerbsfähigkeit wesentlich beeinträchtigenden Art verwundet sind. Die Entlassung erfolgt nur auf Antrag.“ Dieser Antrag wurde im Reichstag abgelehnt. Der Teil der alten sozialdemokratischen Fraktion, der gegen diesen Antrag stimmte, hat sicher gegen das Interesse der arbeitenden Bevölkerung und des Mittelstandes gehandelt. Noch stärker wäre diese Verfehlung bei der von dem Blatt der Generalkommission gewünschten Ablehnung des Antrags der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gewesen, der verlangte, den Reichsanwalt zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Entlassung dauernd kranker und dienstuntauglicher Mannschaften mehr als bisher beschleunigt werde, und den Reichstag annahm. Schon der Wortlaut zeigt, daß hier von Kriegsbeschädigten gar nicht die Rede ist. Der Abgeordnete Genosse Dr. Lasker führte zu seiner Begründung an:

„Der Militärverwaltung ist bekannt, daß lebhaftes Klagen darüber gedauert werden, daß man für untauglich erklärte Mannschaften ohne rechtlichen Grund viel zu lange bei der Truppe zurückhält. Leute, die sich noch ihr Brot verdienen, die ihre Angehörigen vor der Gefahr des Hungers schützen könnten, werden noch lange nach Feststellung ihrer Dienstuntauglichkeit bei der Truppe zurückgehalten. Es wird mir mitgeteilt, daß bei einer gewissen Kategorie von Soldaten sogar die Gewohnheit besteht, sie erst zu entlassen, nachdem die Bewachungsbehörde mitgeteilt hat, daß diese Mannschaften politisch unbedenklich sind, daß Nachteiliges über sie nicht bekannt ist. Ich meine hiermit die Maß-Lothringer und Sozialdemokraten.“

Will das „Correspondenzblatt“ diesen Habelhand aufrecht erhalten? Will es ernstlich, daß Kriegsbeschädigte beim Militär wegen ihrer politischen Bestimmung zurückgehalten werden sollen? Oder hat es in diesem Fall, wie in so vielen, wieder über Dinge geschrieben, die es trotz der Einfachheit der Sachlage nicht versteht? Die Leser mögen entscheiden.

Nach dem von und niedriger gehängten Bekenntnis der schönen Seele in dem „Correspondenzblatt“ kann es uns nicht wunder nehmen, daß auch am 7. April die ihr gleichgerichteten sozialdemokratischen Abgeordneten gegen den Antrag Haase-Redebour stimmten:

„Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs herabgesetzt werden.“

Dieslang hatten wir diese Abstimmung auf ein Versehen der Abstimmenden zurückgeführt.

Konservative und Wehrbeitrag.

Die „Kreuzzeitung“ stimmt abermals ein Pamphlet an über den Reichshaushalts-Ausgleiches auf nochmalige Erhebung eines Drittels des Wehrbeitrages nach dem Vermögens- und Einkommensstande. Das Blatt zählt auf, wieviel Arten von Steuern der Besitz an das Reich, den Staat und an die Kommunen zu zahlen hat. Selbst die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Verbrauchssteuern berühren nach Auffassung der „Kreuzzeitung“ die minderbemittelten Kreise und die Massen nicht. Schließlich wird dem Reichshaushalt empfohlen, einmal genau festzustellen, welche Summen der Besitz an die Kommunen zu zahlen hat.

Auch die „Tägliche Rundschau“ wendet sich gegen einen neuen Wehrbeitrag und dagegen, daß die Kriegsgewinnsteuer bereits bei 1000 Mark Kriegsgewinn beginnen soll. Am bedenklichsten aber sei die Besteuerung des Kriegseinkommenszuwachses. Die Bundesstaaten würden aber diese Besteuerung des Einkommens nicht mitmachen und es werde bis zur zweiten Lesung der Vorlage eine Verhinderung erwartet.

Die Teigwarenversorgung Deutschlands.

Zeitweilige Knappheit an einigen Lebensmitteln, die nicht zum wenigsten auf umfangreiche, durchaus unbegründete Angsthaft der Zwischenhändler und der Verbraucher zurückzuführen ist, hat die Reichsgetreidestelle veranlaßt, mit dem Verband deutscher Teigwarenfabrikanten G. V., Frankfurt a. M., ein Uebereinkommen dahin zu treffen, daß sämtliche Erzeugnisse aller Teigwarenbetriebe bis auf weiteres zwecks Versorgung der Bevölkerung der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Reichsgetreidestelle wird ihrerseits die Teigwaren ausschließlich an die Kommunalverwaltungen weiterleiten und zwar unter Verhinderung der Kopfgabe der Bevölkerung und der besonderen Verhältnisse der zu versorgenden Bezirke.

Durch dieses Verteilungsverfahren wird für eine allseitige gerechte Teigwarenuverteilung Gewähr geleistet, was in erster Linie der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen wird. Daß dabei dem Zwischenhandel nicht dieselbe Bewegungsfreiheit zugebilligt werden kann wie in Friedenszeiten, liegt in den durch den Krieg herbeigeführten Verhältnissen und Notwendigkeiten. Es muß daher von der baltischen Einsicht der Beteiligten erwartet werden, daß sie sich diesen Notwendigkeiten fügen. Auch die Verbraucher müssen diesen Verhältnissen insofern Rechnung tragen, als sie ihre Ansprüche auf Lieferung bestimmter Sorten zurückstellen und sich mit den jeweils verfügbaren Sorten zufrieden geben. (W. Z. B.)

Regelung der Kartoffelverfütterung.

Berlin, 16. April. (W. Z. B.) Um ein zu starkes Verfütteln der Kartoffeln zu verhindern, hat der Bundesrat zunächst bis zum 15. Mai angeordnet, daß Kartoffelbesitzer insgesamt nicht mehr Kartoffeln verfüttern dürfen, als auf ihren Viehstand bis zu diesem Tage nach folgenden Sätzen entfällt:

- a) an Pferde höchstens zehn Pfund, an Zugfüße höchstens fünf Pfund, an Zugochsen höchstens sieben Pfund, an Schweine höchstens zwei Pfund Kartoffeln täglich;

b) oder statt dessen an Erzeugnissen der Kartoffelroderei ein Viertel der vorstehenden Sätze.

Insofern Kartoffeln oder Kartoffelrodungsprodukte bisher an die einzelnen Tiergattungen nicht verfüttert sind, darf dies auch in Zukunft nicht geschehen. Für Kartoffelstärke und Kartoffelstärkeflocken ist ein vollständiges Verfütterungsverbot erlassen.

Zurückverhandlungen sind mit Strafe bedroht. Der Bundesrat hat ferner die Verpflichtung zur Ablieferung von Kartoffelrodungsprodukten erweitert auf diejenigen Vorräte, die bisher für die eigene Wirtschaft zurückgehalten werden durften; lediglich diejenigen Mengen sollen zurückgehalten werden dürfen, die der Trodner bis zum 15. Juli nach dem oben erwähnten Maßstab verfüttern dürfte und die die sogenannten Selbstverfütterer bis zum 15. August bei einem Satz von einem Kilogramm für den Kopf und Monat brauchen.

Nachdem durch die Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 31. März 1916 die Kartoffelrodungen festgesetzt wurden, die den Erzeugern zur Fütterung ihres Viehes bis zum 15. Mai höchstens zu belassen sind, verbietet nun die obenstehende Bekanntmachung des Bundesrats die Verfütterung größerer als der bezeichneten Mengen und stellt die Uebertretung dieses Verbots unter Strafe. Die Dekretationen belaufen sich bekanntlich auf zehn Pfund täglich für Pferde, fünf Pfund für Zugfüße, sieben Pfund für Zugochsen, zwei Pfund für Schweine. Statt der Kartoffeln kann ein Viertel der erwähnten Gewichtsmengen an Erzeugnissen der Kartoffelrodung verfüttert werden; die Verfütterung von Kartoffelstärke und Kartoffelstärkeflocken ist indessen verboten. Die Landeszentralbehörden können weitere Einschränkungen der Verfütterung vornehmen. Der einzelne Erzeuger darf die Rationen nur für diejenigen Tiergattungen in Anspruch nehmen, an die er schon bisher Kartoffeln oder Kartoffelrodungsprodukte verfüttert hat. In diesem Rahmen darf er jedoch zur Erleichterung seiner Wirtschaftsführung die Rationen sowohl innerhalb der einzelnen Tiergattung zwischen den verschiedenen Tieren als auch zwischen den verschiedenen Tiergattungen und innerhalb der Zeit bis 15. Mai nach Belieben übertragen, solange er in den Grenzen der ihm zustehenden Gesamtration bleibt. Zu verstärkter Sicherung der Versorgung mit Brotfruchtmaterial aus Kartoffeln ist ferner die Pflicht der Erzeuger zur Ablieferung von Erzeugnissen der Kartoffelrodung ausgedehnt worden. Der Trodner darf in Zukunft nichts weiter zurückhalten, als die nach der Bekanntmachung zulässigen Rationen zur Verfütterung an sein eigenes Vieh (sofern und soweit er Rodungsprodukte statt Kartoffeln verfüttert) und, wenn er zu den „Selbstverfütterern“ der Getreideverfütterungsregelung zählt, das nötige Brotfruchtmaterial von 1 Kilogramm pro Kopf und Monat (bis zum 15. August). Die überschüssigen Mengen, die der Ablieferungspflicht unterliegen, dürfen nicht begält werden.

Die Rationierung gilt vorläufig nur bis zum 15. Mai, für die Zeit nachher bleiben besondere Bestimmungen des Reichsanwalters vorbehalten.

Die Aufgaben der Reichsbrandweinstelle.

Die am Sonnabend vom Bundesrat beschlossene Verordnung betreffend Errichtung einer Reichsbrandweinstelle besagt, daß Brandwein, der unter steueramtlicher Leberwachung steht, nur durch die Spirituszentrale oder auf deren Anweisung abgeholt oder vergällt werden darf. Die Reichsbrandweinstelle bestimmt, zu welchen Zwecken und in welchen Mengen der Brandwein von der Spirituszentrale abzugeben ist. Zur Bestimmung der Verkaufspreise für Brandwein beauftragt die Spirituszentrale der Verwaltung der Reichsbrandweinstelle. Der Brenner hat den hergestellten Brandwein einschließlich der Bestände an die Spirituszentrale zu liefern. Für den Brandwein erhält der Brenner einen angemessenen Lebernahmepreis. Jeder Brenner ist verpflichtet, der Spirituszentrale über Art und Umfang seiner Erzeugung und über seine Bestände Auskunft zu erteilen. Wer mit Beginn des 17. April 1916 unterverkauften oder unvergällten Brandwein in Gewahrsam hat, hat ihn an die Spirituszentrale zu liefern; bis zur Uebernahme sind die Vorräte aufzubewahren, pflichtig zu behandeln und in handelsüblicher Weise zu verpacken. Wer mit Beginn des 1. Mai 1916 unvergällten oder unvergällten Brandwein in Gewahrsam hat, hat nach näherer Bestimmung des Reichsanwalters die Vorräte getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Spirituszentrale bis zum 6. Mai 1916 anzugeben. Die Anzeige über Mengen, die zu dieser Zeit unterwegs sind, ist unverzüglich nach deren Empfang vom dem Empfänger zu erklären, ob und inwiefern sie den Brandwein übernehmen will. Den Preis für die übernommenen Brandweinbestände setzt die Geschäftsführung der Spirituszentrale fest. Wer mit Beginn des 17. April 1916 veräußerten oder vergällten Brandwein in Gewahrsam hat, hat ihn der Spirituszentrale zu liefern, sofern die Mengen nicht 10 Dekaliter Alkohol übersteigen. Ausländischer Brandwein in Kesselwagen oder Fässern ist der Spirituszentrale zu liefern. Die Verordnung tritt am 17. April 1916 in Kraft.

Eine Erklärung Haases!

Genosse Haase gibt im „Vorwärts“ vom Sonntag die feierliche Erklärung ab, daß ich im Reichstag wider besseres Wissen eine Behauptung aufgestellt hätte. Erklärungen, die Haase abgibt, machen keinen Eindruck mehr; deshalb kommt auch nicht eine Spur von Entrüstung in mir auf bei der Lektüre seines jüngsten Schriftstückes im „Vorwärts“. Was will er eigentlich noch? Er hat nicht gesagt: „Sie können abrechen, heute wird unter allen Umständen vertagt!“ — er hat nur gesagt:

„Es wird heute unter allen Umständen vertagt werden!“ In der Praxis ist das für die Abgeordneten, die den Reichstoffer bereits gepakt haben, vollkommen gleichbedeutend. Die Mitteilung, daß „heute“ unter allen Umständen vertagt wird, mit Bestimmtheit ausgesprochen — auch wenn es Haase tut —, spricht sich unter den Kollegen, die ein Interesse daran haben, noch am gleichen Sitzungstage abzureisen, schnell herum, so daß schließlich eine Anzahl Kollegen sich auf Haase berufen konnten. Das ist alles so klar, daß es sich wirklich nicht verlangt, auch nur noch ein Wort darüber zu verlieren. Wer an diesem lächerlichen Prozeß überhaupt noch Interesse nehmen sollte, der mag meine Darstellung in der Freitagnummer des „Vorwärts“ noch einmal nachlesen, der ich nichts hinzuzufügen brauche. Im übrigen: Wenn ich daran denke, daß Millionen deutscher Männer ihr Leben für Heim und Herd in die Schanze schlugen, daß ich mich aber hier mit Haase in einem Bagatelverfahren um einen Vierluchen zanken soll, dann steigt der Groll in mir auf.

Berlin, 16. April 1916.

P. J. Scheidemann.

Letzte Nachrichten.

Eine neue Note Amerikas an Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. April. (W. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet in einer Sonderausgabe aus New York vom 15. April: Da Präsident Wilson Erörterungen in den Zeitungen aus Anlaß des Jahres tags des Ausbruchs der „Luxitania“ fürchtete, wird er an Deutschland eine Note richten, in der neue Garantien für die Sicherheit der amerikanischen Reisen verlangt werden. In der Note werden 65 Fälle aufgezählt werden, in denen die Kommandanten von U-Booten die notwendigen Vorkehrungen vernachlässigt haben sollen. Die Note ist nicht geistlich befreit, soll aber Amerikas letztes Wort bedeuten.

Aus Groß-Berlin. Die Fleischpreise.

Immer höher klettert die Preise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch hinauf, und noch scheint ein Ende dieser Preissteigerung nicht abzusehen. Der breiten Masse der Bevölkerung wird es immer unmöglicher, Fleisch zu kaufen. Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat den beteiligten Gemeinden und Landkreisen neue Höchstpreise für alle Fleischsorten vorgelegt, und es heißt, daß die neue Preisfestsetzung in Kürze erfolgen wird. Hoffentlich werden die Preise so festgesetzt, daß auch die ärmere Bevölkerung in die Lage kommt, wenigstens hin und wieder sich ein Stück Fleisch kaufen zu können, denn das städtische Fleisch reicht auch nicht im entferntesten aus, um die minderbemittelte Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen. Fleischsorten sind ganz schön, wenn man aber Fleisch nicht bekommt, verfehlen sie ihren Zweck.

Die Abgabe der Brotartenabschnitte an die Schlächter.

Der Magistrat hat bekanntgegeben, daß heute und morgen die Brotartenabschnitte bei dem Schlächter abgegeben werden sollen, von dem die Käufer ihre Fleischware beziehen. Diese Maßnahme soll bezwecken, zunächst eine ungefähre Uebersicht über den Bedarf zu erhalten, um dann auf Grund der Vieh- und Fleischzufuhr eine bessere Verteilung des Fleisches herbeiführen zu können. Der „Volksanzeiger“ hält die magistralische Anordnung für eine halbe Maßregel, zu der er sich wie folgt äußert:

„Es scheint, als ob es sich auch hier wieder um eine halbe Maßregel handele, ebenso wie vor einiger Zeit bei der ähnlichen Brotartenablieferung zum Zwecke der Butterversorgung. Damals hatte sich folgender Mißstand herausgebildet: Die Verbraucher hatten ihre Brotarten-Mittelstücke in den Geschäften ihrer Wahl in der Annahme abgegeben, dadurch ein Vorzugsrecht auf den Butterbezug für das betr. Geschäft zu erwerben. So, wie die Behörde aus dieser Brotartenabnahme ersuchen wollte, wie groß die Kundenschaft des einzelnen Geschäfts sei und welcher Anteil an Waren demnach diesem Geschäft zuzuwenden sei, so glaubte die Bevölkerung, aus dieser Maßregel die praktische Folgerung ziehen zu können, daß der Käufer in dem Geschäft, in dem er die Karte abgibt, nun auch ein Vorzugsrecht auf die vorhandene Ware jenen gegenüber genieße, die ihre Karten dort nicht abgegeben hatten. Diese Schlussfolgerung war vollkommen logisch.

Leider entsprach die behördliche Handhabung nicht dieser Annahme. Im Gegenteil, die Kaufleute wurden gezwungen, ohne Ansehen der Person die Ware zu verabfolgen, so daß die weither gekommenen Käufer mit den stärkeren Ellenbogen denen, die sich durch Abgabe der Karte ein Anrecht erworben zu haben glaubten, die Ware weglaufen konnten. Für den ruhenden ist danach bis heute noch nicht erkennbar, welchen Zweck eigentlich damals jene Brotartenablieferung in den Buttergeschäften gehabt hat.

Und genau so will man jetzt beim Fleisch wieder verfahren. Wir glauben aber, daß dies als eine offensichtliche Veräumnis vermieden werden muß. Wir glauben, die Käufer müssen noch bis Montag angewiesen werden, mit ihrem Stempel versehene Quittungsbüchel bereitzubehalten, die sie den Brotartenablieferern zu übergeben haben. Diese Bescheinigung muß später, wenn Warenknappheit eintreten sollte, die Inhaber berechtigen, den Vortritt vor allen jenen zu haben, die ihre Karten in dem betreffenden Geschäft nicht abgegeben haben. (Um die bisherigen Grundzüge des freien Handels und der Freizügigkeit nicht allzusehr zu durchbrechen, könnte z. B. angeordnet werden, daß vormittags nur an die bevorzugten Käufer, nachmittags aber unbeschränkt verkauft werden darf.)

Kommt man nicht zu solcher oder einer ähnlichen die Rechte der Verbraucher sichernden Maßregel, so vermögen wir nicht zu erkennen, welcher praktische Zweck mit der gewünschten Brotartenablieferung seitens der Behörde verfolgt wird, die doch nach der obigen Bekanntmachung die „gleichmäßige Verteilung des vorhandenen Fleisches unter die Einwohner“ sicherstellen soll.“

Zu diesen Einwendungen äußert sich der Magistrat in folgender Weise:

„Die Abgabe der Brotartenabschnitte hat den Zweck, die Fleischversorgung der Bevölkerung nach Maßgabe der jeweilig vorhandenen Fleischmenge nach Möglichkeit dadurch sicherzustellen, daß der Kundenkreis des einzelnen Schlächters erfasst und ihm an der Gesamtmenge des zur Verfügung stehenden Fleisches eine entsprechende Bezugsmöglichkeit gegeben wird. Es soll verhindert werden, daß die Großschlächter ihr Fleisch nach einer Richtung hin liefern und lediglich die Stadteile, in denen die wohlhabendere Bevölkerung wohnt, versorgen. Dem wird dadurch begegnet, daß die Großschlächter an den einzelnen Schlächtern nur in Höhe der letzteren amtlich geprüften Bezugscheine liefern darf. Die Bezugscheine aber werden bemessen nach dem Umfang des Kundenkreises des Schlächters, d. h. nach der Zahl der bei ihm abgegebenen Brotartenabschnitte.“

Nach dieser Erklärung soll die Abgabe der Brotartenabschnitte zunächst nur die Unterlage für die Verteilung des Fleisches an die Schlächter haben. Welche Maßnahmen dann noch getroffen werden über die Abgabe des Fleisches an die Käufer, steht noch aus. Tatsache ist, daß die Regelung der Butterversorgung, die in ähnlicher Weise vor sich geht, bis heute gar nicht recht klappen will. Es wird behauptet, daß an manchen Stadteilen eine große Butterknappheit herrscht, trotz Nationalisierung und Butterkarte. So wichtig eine ordnungsgemäße Regelung der Verteilung der Lebensmittel ist, noch wichtiger ist doch genügende Produktion und die Heranschaffung derselben. Es gibt heute noch Bundesstaaten, die Ausfuhrverbote für Vieh, Fleisch, Butter und Fettwaren erlassen haben und streng darauf achten, daß kein Stück Vieh über die Grenze nach einem anderen Bundesstaat kommt.

Ostereier in Feldpostsendungen. Mit Rücksicht auf den vor Ostern sich voraussichtlich steigenden Bedarf von Eiern ins Feld wird dringend empfohlen, möglichst nur hartgekochte Eier zu verschicken, von der Verpackung vorher oder nachgekochter Eier aber abzusehen. In jedem Fall muß die Verpackung der Eier besonders haltbar und widerstandsfähig sein, damit bei ihrem etwaigen Zerbrechen Nachteile für andere Sendungen vermieden werden. Gleichzeitig wird wiederum an die ordnungsmäßige Verpackung von Flüssigkeiten (Einlage von Baumwolle, Sägespänen usw.) und von feuchtigkeit abgebenden Lebensmitteln wie Butter, Karmelade usw. (feststehende Behältnisse) erinnert. Die Postanstalten

sind angewiesen, Feldpostsendungen in unzureichender Verpackung zurückzuweisen.

Eine Familientragödie. In dem Hause Eberthstraße 2 wohnt die 28 Jahre alte Pförtnerin Martha Rudolph mit drei Kindern im Alter von 8, 8 und 1 1/2 Jahren. Der Ehemann steht seit einiger Zeit im Felde. Vor kurzem erhielt er einen anonymen Brief, in dem der Schreiber seine Ehefrau eines leichtsinnigen Lebenswandels beschuldigte. Daraufhin machte Rudolph seiner Frau in einem Brief heftige Vorwürfe. Diese nahm sie sich so zu Herzen, daß sie beschloß, gemeinsam mit ihren Kindern aus dem Leben zu scheiden. Hausgenossen nahmen gestern spät abends aus ihrer Wohnung einen starken Gasgeruch wahr. Sie benachrichtigten die Polizei, die alsbald erschien und die verschlossene Wohnung durch einen Schlosser gewaltsam öffnen ließ. Jetzt fand man die Frau und ihre drei Kinder bestimmungslos in den Betten liegen. Samariter der Feuerwehr, die sofort Wiederbelebungsversuche machten, blieben erfolglos. Bei allen war der Tod schon eingetreten. Die Leichen wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Zeitweise heiter, jedoch kühl, sehr unbeständig und öfter wiederholte, meist geringe, nur im östlichen Küstengebiet stärkere Regen-, Schnee- oder Graupelschauer.

Meierei C. Bolle Aktiengesellschaft

Berlin NW 21, Alt-Moabit 98-103
Fernspr.: Amt Moabit 7912, 7913, 7914

Ältester und größter milchwirtschaftlicher 200 Verkaufswagen — 2000 — Großbetrieb — Angestellte

Eigenes Laboratorium für Milchuntersuchungen

Der Ruf und die Größe der Firma mit ihren zahlreichen Angestellten bürgen für unverfälschte Reinheit aller Produkte

Dr. Axelrods Joghurt.

Lecimilch

hergestellt aus bester Vollmilch mit garantierter Lecithinwirkung — vorteilhaft für die Stärkung der Nerven, Erhöhung der Lebensfrische und Leistungsfähigkeit — kräftigend bei Nerven-, Herzschwäche und Müdigkeit.

Diese Ankündigungen beziehen sich nur auf Groß-Berlin!

Kleine Nachrichten. Der am Sonnabend in der Dresdener Straße von einer Kraftdrosche überfahrene 12jährige Knabe heißt Rüdiger und wohnt Budower Straße 5. — Im Eisenbahnzug erschossen hat sich der 18 Jahre alte Einrichter Alfred Hübler aus der Ruskauer Straße 48. Der junge Mann fuhr Freitag abend mit einem Vorortzuge nach Baumgartenweg zu und schoß sich, kurz bevor der Zug dort einlief, in einem Abteil 2. Klasse eine Revolverkugel in die Brust. Weil er noch Lebenszeichen von sich gab, brachte man den Schwerverletzten nach Berlin zurück. Auf der Rettungswoche am Göttericher Bahnhof konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen. — Nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht wurde gestern der 38 Jahre alte „Arbeiter“ Karl Denzel aus Friedrichsberg, ein gewerkschaftlicher Einbrecher, der der Bande Reich angehörte. Reich wurde in der Nacht zum 11. März beim Versuch eines Einbruchs bei dem Juwelier Ewald Heyden in der Craniensstraße 143 von dem Geschäftsmann und einem Schuttmann mit Denzel überfallen und erschossen. Denzel erhielt einen Schuß in der Brust und lag bisher in der Charité. Jetzt ist er soweit hergestellt, daß er dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden konnte. — Die Kriminalpolizei hat mehrere Spielneuter ausgehoben. — Ein Unterstützungsschwindler, der es auf hier lebende vornehme Balten abgesehen hatte, wurde in der Person eines ehemaligen Schauspielers Reimel festgenommen.

Berliner Sängerkhor.

M. d. D. A.-S.-B. — Chorleiter: Franz Bothe.

Sonntag, 23. April (1. Osterfeiertag) in der Festhalle des Berliner Stadthauses, Stralauer Straße (Eing. Jüdenstraße):

Konzert.

Mitwirkende:
Herr Alfred Wittenberg (Violine), Herr W. Scholz (Klavier) und der Frauen- und gemischte Chor der Charlottenburger Liedertafel.

Anfang 7 Uhr. Einlaßkarte 50 Pf.

Einlaßkarten für Freunde und Bekannte sind bei den Mitgliedern zu haben. Abenkassee findet nicht statt. 65/8

Kopfläuse

Kleiderläuse m. Brut, Flöhe, Wanzen, Vieh-Ungesier, vernichtet radikal Goldgeist W. Z. 75198. Farb- und geruchlos. Reinigt die Kopfhaut von Schuppen und Schindeln, befördert den Haarwuchs, verhilft Krankheit der Kopfhaut, Haarausfall u. Zerzug neuer Parasiten. Vernichtet Typhusbakterien, desinfizierend und verbeugend gegen Infektionskrankheiten. Wichtig für Schulkinder. Tausende Anerkennungen. Nur in Kartonnpackungen à 0.50 u. 1.20 M. Max achte beim Einkauf auf die Firma der alleinigen Fabrik Rademacher & Co., Siegburg, und den Namen

Goldgeist!

Spezialarzt

f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.

Dr. med. Karl Reinhardt. Institute: zwischen Dresdener und Annonstraße. Sprechst. 5-7, Sonntags 10-11.

Prinzenstr. 64 a. d. Lützowstr. Sprechst. 1/2, 11-2 u. 1/2, 5-1/2, 10 U. abds., Sonnt. 11-1

Potsdamer Str. 117 48-Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.

Aufklärende

Admirals-Palast

Größter Erfolg!
Das neue Eisballett

Frau Fantasie.

8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Busch-Rosen

(sowie Hochstämme u. Kletterrosen aus bester deutscher Rosenzucht zu äußerst mäßigen Preisen!)

Junge Gemüsepflanzen

in bester Auswahl. Stets frisch gezogen.

E. Boese & Co.

G. m. b. H.
C. 25, Sandberger Str. 66.

Stoffe

für feine Damen-Kostüme, Herren-Anzüge usw.

Mtr. 4.-, 6.-, 8.-, 10.-, 12.- M.

Tuch-Lager

Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d. Petrikirche.

Cigaretten.

Vor der Steuererhöhung

Direkt ab Fabrik

1 1/2 Pf. 100 Stück 0,85 M.
2 1/2 " " " 1,10 "
3 1/2 " " " 1,75 "
5 " " " 2,80 "

"Gute" Qualitäten."

Geöffn. v. 8-8 Uhr, Sonnt. 8-10, 12-8.
Bei Bestellungen von 20 M. an Versand franko geg. Nachnahme. Sendungen ins Feld nur gegen Voreinsendung des Betrages.

Cigarettenfabrik W. Schnur, Berlin N 39, Chausseestr. 88, Fabrikgebäude, eine Treppe.

Tüchtige Schlosser,
Schmiede, Kohler, Fräser
und Stellmacher

werden noch eingestellt

Orenstein & Koppel —
Arthur Koppel A.-G.
Spanbau, Raumburger Straße 44.

Tüchtige Lehrenbauer

auf harte Lehren werden sofort
berufen.

Ehrich & Graetz,
Berlin SO., Eisenstr. 90/94